

Politische Fehler

Rente, Krankenkassenbeiträge, Abschied vom Verbrenner-Aus, Heizungsgesetz sind die Streitpunkte der Regierung. Bei der Rente wackelt die Mehrheit, weil eine Gruppe junger Christdemokraten befürchtet, dass die Jungen dabei benachteiligt werden würden. Ist das ein Kampf Jung gegen Alt? Dass das Rentenpaket nicht besonders gut gemacht zu sein scheint, kann man auch daran ablesen, dass sich viele Fachleute in einem offenen Brief dagegen aussprechen, aber auch daran, dass man die Frage der Rente nur bis zu einem nicht zu fernem Zeitpunkt regeln will und das, was danach kommt (in typisch konservativer Manier), der nächsten Regierung überlassen will. Der angekündigte "Groß Wurf" ist das nicht, eher ein Probleme auf die lange Bank schieben. Dabei liegen mehrere mögliche Wege zu einer echten Rentenreform vor, die aber nicht alt gegen jung ausspielen, sondern arm gegen reich. Nur traut sich die Regierung offenbar nicht dran, weil die Rentner die größte Wählergruppe sind.

Dass die Frage der Krankenkassenbeiträge in Vermittlungsausschuss landete, hätte man einkalkulieren sollen, denn jetzt sind Krankenkassen und Beitragszahler länger als erwünscht unsicher, ob und wie sehr die Beiträge steigen. Dass sie nicht steigen würden, wie die zuständige Ministerin verkündete, ist eher unwahrscheinlich, da die Kosten gestiegen sind.

Dass die Regierung das von der europäischen Union beschlossene Verkaufsverbot für Autos mit Verbrennungsmotor kippen möchte, dürfte einerseits der Automobilindustrie geschuldet sein, die dagegen schon länger Stimmung macht, aber auch der Bequemlichkeit der Konservativen, die sich ungern mit Neuem oder gar neuen Entwicklungen beschäftigen. Sollte Deutschland das Aus für Verbrenner nicht mittragen, wäre das in zweifacher Hinsicht ungeschickt: Erstens wurde das Hin und Her der Wirtschaft nicht helfen, die verlässliche Rahmenbedingungen braucht. Und zweitens sollte man Europa nicht in den Rücken fallen, wenn es wegen der Ukraine gemeinsam stark sein muss. Die Automobil-Branche hatte genügend Zeit sich auf umweltfreundlichere Antriebe umzustellen, hat das aber immer wieder hinaus gezögert und die Bürger sogar bei den Abgasen betrogen. Das hat jetzt bereits zu einem Verlust von 50 000 Arbeitsplätzen im Land geführt samt entsprechenden Verlusten bei der Steuer. Verantwortliche Wirtschaftspolitik sieht anders aus, sowohl wenn man die Firmen betrachtet, als auch die politischen Vorgaben.

Beim Heizungsgesetz will man unbedingt etwas ändern, obwohl es sich in der Praxis bewährt. Aber man hat sich das vor genommen und möchte nicht schon wieder wortbrüchig werden, wie bei der Senkung des Strompreises für Alle. Es geht also viel mehr um

Symbolpolitik, als um eine politische Notwendigkeit. Auch hier führt das Hin und Her nicht zu besseren Ergebnissen, sondern zu einer größeren Unsicherheit von Bürgern und Handwerkern, die die Heizungen einbauen, also zu Verzögerungen bei der Modernisierung. Das hilft niemand und schon gar nicht dem Klima!

Das Hin und Her bei verschiedenen Themen schadet dem ganzen Land, weil es Unsicherheit verbreitet, die auch verhindert, dass investiert wird und die Wirtschaft Aufträge bekommt. Das Hin und Her soll in vielen Fällen den Eindruck erwecken, dass man das, was eine frühere Regierung beschloss, nun rückgängig machen will, um sich als "Macher" zu präsentieren. Es dient also der Partei und dem Machterhalt, nicht aber dem Land. Ist das die Hauptaufgabe der Politik?

Dass die Bundesregierung Teile des Sondervermögens dazu benutzt um Löcher zu stopfen (z.B. bei der Bahn), widerspricht den Zielen des Sondervermögens, wie die Wirtschaftsweisen zu Recht kritisieren.

Eine erhebliche Entlastung der Landwirte ist nach Ansicht des Rechnungshofes rechtlich nicht zulässig und könnte damit vor Gericht scheitern, so dass die Bauern am Ende nichts davon haben werden.

Dass die neue Bundesregierung bereits nach kurzer Zeit schlechter von den Bürgern bewertet wird, als die vorige Regierung zum selben Zeitpunkt, spricht Bände. Schuld daran sind viele Patzer, die das Bild trüben. Aber ebenso die vollmundigen Ankündigungen, die sich viel zu oft nur als Pläne erweisen, deren Umsetzung fraglich ist (Rente, Krankenkassenbeiträge, Strompreise). Das erweckt den Eindruck, als ob die Regierung selbst nicht so genau wisse, wo es hin gehen soll und wie man dahin kommen könnte. Auch das verstärkt die Unsicherheit der Bürger und schwächt zugleich die Konjunktur.

Dass man wegen Putins Verstößen gegen das Völkerrecht und den Angriff auf die Ukraine aufrüsten muss, ist ärgerlich, aber wohl kaum zu vermeiden. Besser wäre allerdings, wenn man diese großen Summen für den Schutz des Klimas ausgeben könnte, oder für die Bildung, denn Waffen und Militär kosten in den allermeisten Fällen, mehr als sie jemals einbringen können. Wobei es schwer ist abzuschätzen, wie ein Frieden, der nicht gebrochen wird, zu bewerten wäre.

Leider hat man in den vergangenen fast 70 Jahren Frieden keine Mittel und Wege ersonnen, mit denen man Kriegstreibern das Handwerk legen, oder sie ins Leere laufen lassen könnte. Das ist ein Versäumnis (auch der Friedensbewegung), falls es eine solche Möglichkeit gäbe.